

## Demografische Rendite statt pädagogischen Verbesserungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserin, lieber Leser,

„an Bildung wird nicht gespart“. Mit dieser ständig wiederholten Behauptung weckt die Landesregierung den Eindruck, tatsächlich die notwendigen Prioritäten im Kinderland zu setzen. Sie erneuerte diese Absichtserklärung anlässlich der Bekanntgabe der Streichung von 1.500 Stellen in den Regierungspräsidien und Ministerien mit dem Hinweis, dass keine Lehrerstellen gestrichen werden.

Ich erinnere mich noch gut daran, wie mich der damalige Kultusminister Rau im Sommer 2008 telefonisch über die Qualitätsoffensive Bildung und die einzelnen Maßnahmen informierte. Von zusätzlichen Investitionen im Volumen einer halben Milliarde war die Rede. 4.500 zusätzliche Stellen zur Finanzierung der Klassenteilerlenkung und weiterer Maßnahmen sollen von 2009 bis 2012 geschaffen werden. Ich stellte schon damals die Frage: Und was passiert ab 2012? Diese 4.500 Stellen und viele weitere werden wieder gestrichen. Rund 4.500 Lehrerstellen sind im Landeshaushalt zum 1.8.2012 mit einem „kw“-Vermerk versehen, das heißt „künftig wegfallend“. Weitere 4.000 Stellen haben einen kw-Vermerk für die Folgejahre. Damit ist klar: Der Schüllerrückgang soll als demografische Rendite zur Sanierung des Landeshaushalts und nicht für pädagogische Verbesserungen genutzt werden.

Doch damit nicht genug. Für alle jüngeren Beschäftigten soll ein Vorgriffsstundenmodell eingeführt werden. Auch das ist nichts ande-

res als ein Sparmodell auf dem Rücken der Beschäftigten, das außerdem die berufliche Perspektive junger Lehrkräfte zerstört.

Auch daran erinnere ich mich: Im Jahr 1996 verhandelte die GEW Baden-Württemberg mit der CDU-Fraktion über einen Beschäftigungsvertrag. So sollte die angekündigte Deputatserhöhung für Gymnasien und berufliche Schulen von 23 auf 24 verhindert werden. Ziel der GEW war, dass sowohl Landesregierung als auch Lehrerschaft ihren Beitrag zur Bewältigung des Schülerbergs leisten und Einstellungsmöglichkeiten erhalten bleiben. Die Verhandlungen, begleitet von Störmanövern des Beamtenbundes, erreichten das Ziel nicht, weil die Landesregierung nicht bereit war, auf die Deputatserhöhung zu verzichten. Das Ergebnis kann sich dennoch sehen lassen: 1.600 zusätzliche Stellen wurden geschaffen. Das Vorgriffsstundenmodell für Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschullehrer/innen (GHRs) wurde kombiniert mit der Zusage, für die gesamte Laufzeit von 15 Jahren die Deputate nicht zu erhöhen. Was diese Zusage wert ist, zeigt sich daran, dass für Gymnasien und berufliche Schulen in dieser Zeit das Deputat ein zweites Mal erhöht und dadurch in erheblichem Maß Neueinstellungen verhindert wurden. Im Vergleich dazu das Vorgriffsstundenmodell à la Mappus: 10 Jahre lang zusätzlich eine Zeitstunde für die Verwaltung und eine Deputatsstunde für die Lehrkräfte.

Nur Mehrarbeit hat Ministerpräsident Mappus zu bieten, die 20 Jahre später zurückgegeben werden soll.

Wo bleibt die Glaubwürdigkeit der Landesregierung? Da werden einerseits drei Millionen Euro zur Verfügung gestellt für Prävention zur Vermeidung von Dienstunfähigkeit, und gleichzeitig wird die Belastung erhöht. Da wird behauptet, man müsse den Lehrerberuf für den Nachwuchs attraktiv machen und vernichtet Einstellungschancen ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo es zumindest im gehobenen Dienst noch zahlreiche Bewerberinnen und Bewerber gibt.

Im Interesse der Kinder und Jugendlichen an den Schulen, im Interesse unserer Arbeitsbedingungen und im Interesse der künftigen Lehrerinnen und Lehrer werden wir den beabsichtigten Stellenstreichungen und dem indiskutablen Vorgriffsstundenmodell energischen Widerstand entgegensetzen.

Mit kollegialem Gruß  
Ihre




Doro Moritz,  
Landesvorsitzende  
GEW Baden-  
Württemberg